

Kommunen müssen tätig werden

Gastkommentar von Katja Auer

Inzwischen haben die ländlichen Regionen Bayerns viele Unterstützer gefunden: Der Wirtschaftsminister will überall schnelles Internet ermöglichen, der Kultusminister will die Schulen in den Dörfern erhalten, der Ministerpräsident persönlich will in Stadt und Land gleichwertige Lebensbedingungen schaffen. Denn die sind längst nicht mehr gegeben. In Gegenden Ober- und Unterfrankens und der Oberpfalz schlägt der demografische Wandel voll zu.

Besonders der nordöstliche Rand Bayerns wird weiter Einwohner verlieren. Die Bayern werden älter, in 20 Jahren werden die 60- bis 65-Jährigen die stärkste Gruppe sein, während es heute noch die etwa 45-Jährigen sind. Und sie werden sich regional anders verteilen. Großstädte wie München oder Augsburg werden weiter wachsen, die ländlichen Gebiete verlieren Einwohner. So werden in 20 Jahren mehr als 20 Prozent weniger Menschen im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel leben.

Es ist ein Kreislauf: Weil es wenig attraktive Arbeitsplätze gibt, ziehen die Jungen weg, deswegen gibt es weniger Kinder und darum braucht es auch weniger Schulen. Irgendwann schließt das Wirtshaus im Dorf, die Geschäfte machen keinen Umsatz mehr und wenn der Landarzt oder der Zahnarzt in den Ruhestand geht, findet sich für die Praxen kein Nachfolger – und dieses Problem wird in den nächsten Jahren virulent, schon jetzt ist fast ein Viertel der 9000 bayerischen Hausärzte über 60 Jahre alt. Zwar kann von einem Ärztemangel in Bayern keine Rede sein, es gibt heute mehr niedergelassene Mediziner als in den 90er-Jahren, als von einer Ärzteschwemme gesprochen wurde. Allerdings konzentrieren sich die Praxen in den attraktiven Regionen Südbayerns und in den Großstädten.

Bei den Zahnärzten ist die Entwicklung vergleichbar. Während es in Südbayern immer mehr werden, sinkt die Zahl der Zulassungen in Nordbayern. Zwar langsam, aber stetig. 2666 waren es am Ende 2010, gegenüber 2712 drei Jahre zuvor. Dieser Rückgang ist zwar noch nicht dramatisch, doch schon jetzt suchen einige Gemeinden



Foto: privat

Die Autorin arbeitet für die Redaktion Franken der Süddeutschen Zeitung in Nürnberg.

händeringend nach einem Zahnarzt.

Mit dem Versorgungsgesetz will die Bundesregierung nun die Notbremse ziehen und Mediziner aufs Land locken. Keine Obergrenzen mehr für Honorare, der Arzt muss nicht mehr in der Nähe seiner Praxis wohnen und die kann er sich auch noch von der Kommune

stellen lassen. Das macht das Leben für die Ärzte einfacher, allerdings schafft es auch keine Notwendigkeit für die Mediziner, auf die Dörfer zu ziehen. Denn nach wie vor kann auch in den überversorgten Gebieten weiter praktizieren wer will.

So ist es gut, dass vielerorts in Bayern die Verantwortlichen in den Kommunen verstanden haben, dass sie selbst tätig werden müssen. Der Landkreis Coburg führt eine Familiencard ein, um junge Familien in der Region zu halten, in Schweinfurt erarbeitet ein Begleitgremium ein „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ für die immer älter werdende Stadt. Die Zahnärzte haben das Projekt Teamwerk, bei dem sie aktiv in Pflegeeinrichtungen gehen, kürzlich auf Nordbayern ausgedehnt. Solche Ideen sind gefragt, um Arbeitsplätze zu schaffen, Kinderbetreuung und die Versorgung Pflegebedürftiger zu sichern. Das kann diese Regionen wieder attraktiv machen, für Mediziner ebenso wie für Selbstständige und Unternehmer. Idyllische Landschaft und niedrige Lebenshaltungskosten tun das auch, werden alleine aber nicht ausreichen.

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.